
925/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 10.06.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Meri Disoski, Ralph Schallmeiner, Freundinnen und Freunde

betreffend Aktionsplan Menstruationsgesundheit

BEGRÜNDUNG

Obwohl die Menstruation Frauen über Jahrzehnte hindurch begleitet, gab es in Österreich kaum Daten und Informationen zu menstruationsbedingten Gesundheitsthemen. 2024 – mit dem ersten Menstruationsgesundheitsbericht¹ – hat die Türkis-Grüne Bundesregierung erstmals erfolgreich zur gesellschaftlichen Anerkennung menstruationsbezogener Lebensrealitäten beigetragen. Mit dieser österreichweiten ersten repräsentativen Erhebung konnten wesentliche Informations- und Wissenslücken zu menstruationsgesundheitlichen Themen wie Endometriose, Periodenarmut, Hygiene und Menopause geschlossen werden.

Der Menstruationsgesundheitsbericht zeigt auf, welche politischen Maßnahmen es zu ergreifen gilt, um die Menstruationsgesundheit von Frauen endlich umfassend und nachhaltig zu verbessern. Immerhin betrifft die Menstruation die Hälfte der österreichischen Bevölkerung. Doch noch immer werden Beschwerden, Ängste und Bedürfnisse rund um die Periode, Wechseljahre oder Krankheiten wie Endometriose allzu oft heruntergespielt. Viel zu viele Frauen leben daher nach wie vor jahrelang mit Unsicherheiten, Scham, Schmerzen und sogenanntem Medical Gaslighting, warten ewig auf eine richtige Diagnose und bekommen zu spät oder gar eine falsche Behandlung.

Der politische Handlungsbedarf, um die Gesundheits- und Lebenslagen von Frauen und Mädchen zu verbessern, ist eindeutig: 67 Prozent der Befragten haben regelmäßig mittelstarke bis sehr starke Schmerzen während der Menstruation, 55 Prozent nehmen regelmäßig Schmerzmittel, 30 Prozent können selten oder nie auf öffentlich zugänglichen Toiletten die Hände bzw. andere Körperteile ungestört

¹https://broschuerenservice.sozialministerium.gv.at/Home/Download?publicationId=803&attachmentName=Menstruationsgesundheitsbericht_2024.pdf

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

waschen, 31 Prozent haben noch nie von Endometriose gehört. Die durchschnittliche Dauer vom Verdacht zur Diagnose von Endometriose beträgt derzeit fast 7 Jahre, und 41 Prozent der Frauen in den Wechseljahren fühlen sich aufgrund von körperlichen Symptomen (sehr) häufig unwohl². Die Studie bestätigt auch einmal mehr, wie wichtig kostenlose Periodenprodukte sind: Rund 20 Prozent der Befragten geben an, monatliche bzw. gelegentlich Schwierigkeiten zu haben, sich Menstruationsartikel leisten zu können. In einem Land wie Österreich sollte jedoch keine einzige Frau und kein einziges Mädchen unter Periodenarmut leiden müssen.

Die Daten und Fakten sind bekannt, die nötigen Maßnahmen liegen auf der Hand – politisch passiert bisher jedoch viel zu wenig. Es braucht endlich rasche konkrete Verbesserungen für Frauen und dafür einen Nationalen Aktionsplan für Menstruationsgesundheit. Dieser muss auf drei zentralen Säulen aufbauen: 1. Die Versorgung verbessern, 2. die Forschung stärken und 3. Beschwerden endlich ernst nehmen. Besonderes Augenmerk muss dabei auf Endometriose sowie die gesundheitlichen Herausforderungen rund um die Menopause gelegt werden – mit konkreten Maßnahmen, die Frauen in Österreich schneller Unterstützung und eine bessere Gesundheitsversorgung ermöglichen.

1. Schnellere Diagnose und bessere Versorgung

Endometriose, starke Menstruationsbeschwerden und Beschwerden rund um die Menopause müssen früher erkannt, ernst genommen und besser behandelt werden.

Dafür braucht es unter anderem

- mehr Kassenangebote
- kürzere Wartezeiten
- bessere Versorgungsstruktur mit Gynäkolog:innen und Frauenprimärversorgungszentren
- stärkere Priorisierung der Diagnostik und Behandlung von Menstruationsschmerzen und -beschwerden
- österreichweites Versorgungskonzept mit einem Disease-Management-Programm (DMP) für an Endometriose erkrankte Personen
- Budgetbereitstellung für Endometrioseberatung und -versorgung
- Entwicklung von Kriterien zur Qualitätssicherung für Fachpersonen, die mit Endometriose-Patientinnen arbeiten
- kostenloser Zugang zu Menstruationsprodukten und Verhütungsmitteln
- barrierefreie Zugänge für Menschen mit Behinderung.

² Ebenda.

2. Mehr Forschung und mehr Wissen im Gesundheitssystem

Frauengesundheit ist in Forschung und Ausbildung noch immer unterrepräsentiert.

Dafür braucht es unter anderem

- regelmäßige nationale Erhebungen zur Menstruationsgesundheit
- Ausbau von Forschung zu Endometriose und Menopause
- stärkere Verankerung von Menstruation, Menopause und Endometriose in der Aus- und Weiterbildung von Ärzt:innen und Gesundheitsberufen
- Kompetenzen im Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen stärken
- Berücksichtigung besonderer Lebenslagen und marginalisierter Gruppen (Flucht- und Migrationserfahrung, Menschen mit Behinderung, nicht-binäre und geschlechtlich marginalisierte Personen).

3. Mehr Aufklärung statt Tabus

Menstruation, Endometriose und Menopause müssen sichtbarer werden, damit Beschwerden nicht länger tabuisiert und bagatellisiert werden.

Dafür braucht es unter anderem

- niederschwellige, kostenlose und mehrsprachige Informationsangebote
- Gesundheitsinformationen in unterschiedliche Lebenswelten (Schulen, Jugendzentren, Gesundheitseinrichtungen etc.)
- Gesundheitskampagnen im öffentlichen und digitalen Raum
- Bewusstseins- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Menstruierende und Fachpersonal sowie inner- und außerhalb des Gesundheitssystems.

Die Bundesfrauenministerin hat selbst jahrelang einen Nationalen Aktionsplan für Endometriose³ und genau solche Maßnahmen gefordert: mehr Forschung, bessere Kassenleistungen und rasches Handeln. Heute trägt ihre Partei Regierungsverantwortung. Es ist für diese Bundesregierung somit an der Zeit, diese Forderungen nun selbst schnellstmöglich umzusetzen. Österreich braucht endlich eine moderne Frauengesundheitspolitik, die Frauen ernst nimmt – unabhängig davon, in welcher Lebensphase sie sich befinden. Österreich braucht endlich einen Nationalen Aktionsplan für Menstruationsgesundheit.

³ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/2976/fname_1484473.pdf

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung sowie die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, bis spätestens ein Jahr nach Beschlussfassung einen Aktionsplan zu Menstruationsgesundheit auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.